

Sprechnotiz

20 Jahre Konferenz der Kantonsregierungen

Medienkonferenz vom 3. Oktober 2013

Matthias Michel, Regierungsrat Kanton Zug, Präsident Europakommission der KdK

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Präsident der KdK hat es bereits angesprochen: Der Schweizer Föderalismus steht vor bedeutenden Herausforderungen. Diese sind nicht zuletzt Folgen der zunehmenden internationalen Verflechtung – und ganz besonders der wirtschaftlichen Integration der Schweiz in Europa. Seit der Gründung der KdK – das heisst nach dem Nein des Stimmvolks zum EWR-Beitritt – ist ein dichtes Netz an bilateralen Verträgen entstanden, das die Beziehungen der Schweiz zur EU prägt.

Europapolitische Entwicklung, Mitwirkung und innere Reformen

Der Ausbau und die Vertiefung der Beziehungen zur EU erfordern neue Ansätze bezüglich der institutionellen Ausgestaltung der bilateralen Abkommen. Die Stichworte heissen Rechtsübernahme, Auslegung von Recht, Überwachung und Streitbeilegung.

Die dabei vorgesehene dynamische Rechtsübernahme schränkt den Handlungsspielraum des Schweizer Gesetzgebers ein. In den Bereichen, in denen die Kantone über Gesetzgebungskompetenzen verfügen, betrifft dies auch den kantonalen Gesetzgeber (z.B. Schengen-Dublin).

Weitere Abkommen mit der EU führen folglich zu einem Verlust an gesetzgeberischem Gestaltungsspielraum für die Kantone. Dies muss durch eine verstärkte Mitwirkung der Kantone an der

Aussen-und vor allem der Europapolitik des Bundes kompensiert werden.

Die Kantone haben deshalb schon 2011 Vorschläge für innere Reformen vorgelegt, welche den demokratischen und föderalistischen Staatsaufbau auch im Falle eines Ausbaus der Beziehungen zur EU bewahren würden. Diese Vorschläge werden derzeit weiter konkretisiert und sollen Ende Jahr seitens der Kantone verabschiedet werden. Die Kantonsregierungen können eine weitere Vertiefung der Beziehungen zur EU nur unterstützen und mittragen, wenn gleichzeitig in der Schweiz Reformen eingeleitet werden, die den Föderalismus und die Demokratie festigen.

Perspektiven und Herausforderungen

Die KdK hatte ihren Ursprung in der Europapolitik. Sie hat sich nun in einer entscheidenden Phase der Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz - EU zu bewähren: einerseits als Instrument der Meinungsbildung unter den Kantonen, andererseits als Instrument der Mitwirkung in der Europapolitik des Bundes. Die KdK muss heute aktiver denn je an der Europapolitik mitwirken. Sonst droht eine Machtverlagerung von den Kantonen an den Bund.

In einem ersten Schritt gilt es, in den kommenden Monaten eine konsolidierte Haltung der Kantone zum Entwurf eines Verhandlungsmandats des Bundesrats zur zukünftigen Ausgestaltung der institutionellen Beziehungen zur EU zu finden.

Gestützt darauf ist eine einheitliche Schweizer Position festzulegen. Diese kann dann in den anstehenden Verhandlungen mit der EU mit Überzeugung vertreten werden.

Parallel dazu werden die von den Kantonen erarbeiteten Vorschläge zu den inneren Reformen vorangetrieben und in näherer Zukunft präzisiert. Bei einer Verhandlungslösung mit der EU können somit

gleichzeitig konkrete Reformvorschläge unterbreitet und diskutiert werden.

Die KdK ist bereit, auch künftig als kompetente und handlungsfähige Partnerin des Bundes die schweizerische Politik mitzugestalten. Nur wenn die Zuständigkeiten von Bund und Kantonen auch im Hinblick auf eine institutionelle Annäherung an die EU respektiert und gewahrt werden, kann sie diesen Auftrag erfüllen.